

Integrations- und Konjunkturmotor

Die effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Statt die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme strukturiert und vorausschauend anzugehen versinkt die Landesregierung derzeit im Chaos. Dabei versäumt sie es, die Chancen der Flüchtlingsströme zu nutzen, die sich sowohl für das Land als auch für die Flüchtlinge selbst bieten. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept, das in den nachgenannten Bereichen Arbeitsmarktzugang, Bildung und Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum Akzente setzt.

Chancen für den Arbeitsmarkt erkennen und nutzen

- Das Land muss erkennen, dass in dem Zuzug von Flüchtlingen, die mit den unterschiedlichsten Qualifikationen zu uns kommen, eine Chance für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg liegt. Rund ein Fünftel der syrischen Flüchtlinge hat eine Hochschule besucht, ein weiteres Fünftel hat eine Hochschulreife. Darüber hinaus könnten weitere Flüchtlinge in ein Arbeitsverhältnis kommen, wenn ihr Zugang zum **Arbeitsmarkt** gefördert wird.
- Von den Flüchtlingen fordern wir den Willen, sich in die Aufnahmegesellschaft einzubringen – indem sie sich den hiesigen **Gepflogenheiten anpassen** und sich zu unserem **Rechtssystem bekennen**.
- Die von uns seit langem geforderte standardisierte **Abfrage der Qualifikationen** muss als erster Schritt in allen Erstaufnahmestandorten selbstverständlich sein, um die Fähigkeiten der Flüchtlinge frühzeitig festzustellen. Soweit die beruflichen Fähigkeiten der Flüchtlinge bekannt sind, kann man diejenigen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bei uns bleiben werden, gezielt vermitteln. Mit dem Antrag auf Asyl sollte deshalb direkt ein Antrag auf Anerkennung des Berufs- und oder Studienabschlusses gestellt werden können, um Wartezeiten zu verringern.
- Nach Asylverfahrensgesetz können bereits heute frühzeitig Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich wahrgenommen werden. Diese Tätigkeiten können ein sinnvoller Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt sein. Für essentiell halten wir eine **zentrale Stelle**, die arbeitswillige Flüchtlinge und Arbeitgeber unbürokratisch zusammen bringt. Diese kann auf Ebene der Landkreise angesiedelt werden oder durch den gezielten Ausbau der Welcome-Center entstehen. **Bürokratische Hürden der Vorrangprüfung** müssen abgebaut und Anerkennungsverfahren weiter beschleunigt werden, um die Arbeitsmöglichkeit bereits nach drei Monaten mit Leben zu füllen.
- Die Arbeitgeber signalisieren eine große Bereitschaft, Flüchtlinge zu beschäftigen, brauchen aber insbesondere **Rechtssicherheit**. Die Möglichkeiten zu Praktika müssen rechtlich abgesichert werden. Bei Ausbildungsaufnahme durch einen Flüchtling darf dieser während der Ausbildung und der folgenden 18 Monate nicht von Abschiebung bedroht sein.
- Eine berufsvorbereitende Beschulung auch für junge Menschen bis zum 25sten Lebensjahr muss, auch durch die Inanspruchnahme von BAföG, möglich gemacht werden. Hierfür müssen den beruflichen Schulen ausreichende Personal- und Sachmittel für die **berufsvorbereitenden Integrationsklassen (VABO)** zur Verfügung stehen.

- Bundesarbeitsministerin Nahles geht davon aus, dass weniger als zehn Prozent der Flüchtlinge direkt in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Gegenüber Ausnahmen vom **gesetzlichen Mindestlohn**, der die Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt erschwert, verschließt sie sich aber. Hier müssen die gesetzlichen Vorgaben so gesenkt werden, dass auch Flüchtlinge mit geringerer beruflicher Qualifikation eine realistische Chance auf Anstellung haben. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes.

Bildung und Spracherwerb als Schlüssel

- Bildungsstandabfragen zeigen, dass neben Hochqualifizierten auch zahlreiche Menschen zu uns kommen, die eine zusätzliche **schulische** oder **berufliche Qualifizierung** benötigen. Ansonsten bliebe ihnen der Zugang zu einem Arbeitsplatz auf dem deutschen Arbeitsmarkt weitgehend verschlossen.
- Im **Spracherwerb** sehen wir den zentralen Schlüssel um in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt anzukommen. Daher fordern wir eine Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Sprachkurse für alle Flüchtlinge ab dem ersten Tag. Bei den Flüchtlingen, die an keinen vom Bund finanzierten Kurs teilnehmen können, sehen wir das Land in der Pflicht. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten, und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher als Chance sowie die Einbindung privater Sprachschulen.
- Wir fordern **Integrationskurse ab dem ersten Tag**, an denen die Antragsteller verpflichtend teilnehmen müssen. Diese Kurse müssen auch klarstellen, dass unsere freiheitlich demokratische Grundordnung einzuhalten ist. So kann verhindert werden, dass aus der Flüchtlingskrise eine Integrationskrise wird.
- Ein Konzept zur Beschulung von Flüchtlingskindern ist dringend erforderlich. Daneben müssen wir das **Flüchtlingsthema** in unseren Schulen **zum Unterrichtsgegenstand** machen. Es bedarf geeigneter Materialien, mit denen sachlich informiert wird, um so für Akzeptanz zu werben.

Verteilungskämpfe um bezahlbaren Wohnraum vermeiden

- Der Wohnungsmarkt darf nicht aus dem Blick geraten. Die Lage ist angespannt, da bereits die Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge auf den **privaten Wohnungsmarkt** angewiesen sind. Immer mehr Flüchtlinge werden für die Anschlussunterbringung eine bezahlbare Bleibe suchen und konkurrieren dabei mit einkommensschwachen Bürgern um die letzten bezahlbaren Wohnungen. Das Land muss endlich reagieren und privaten Investoren Anreize zum **sozialen Wohnungsbau setzen**. Neben der Abschaffung der bundesrechtlichen Mietpreisbremse, die gerade in Ballungsräumen Investitionen in den Wohnungsbau verhindert, müssen die landesrechtlichen Regelungen des Zweckentfremdungsverbots und der staatlichen Leerstandskontrolle von Wohnraum entfallen. Unsinnige Regelungen der jüngst reformierten Landesbauordnung müssen umgehend zurückgenommen werden.